Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1902

121 (4.5.1902) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer. 74. öffentliche Sitzung

Visual Library

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

74. öffentliche Sitzung
am Freitag, den 2. Mai 1902.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rath Freiherr **v. Dusch**, Direktor des Oberschulraths Geh. Rath Dr. **Arnsperger** und Geh. Rath **Becherer**.

Präsident **Gönner** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Die Generaldebatte über das Mittelschulwesen wird fortgesetzt.

Abg. **Köhler**: In der Frage des Frauenstudiums nehme ich einen von den verschiedendlich hier geäußerten Ansichten verschiedenen Standpunkt ein. Ich lasse gerne den Frauen verschiedene Berufe offen. Zu welchen sie aber geeignet sind, muß erst die Erfahrung zeigen. Der Weg, auf dem dieses Ziel zu erreichen sein wird, ist bis jetzt den Fachleuten nicht klar. Die einen wünschen Knaben und Mädchen im Gymnasium vereint, die anderen ziehen eine weitere Ausbildung der höheren Mädchenschulen vor, wieder andere wollen Mädchengymnasien. Es scheint, daß die übergroße Majorität der Fachleute allmählich zur Ansicht kommt, daß die weitere Ausbildung der höheren Mädchenschulen ins Auge zu fassen sei. Wo nun aber diese Frage des Weges noch in keiner Weise genügend geklärt ist, muß ich mich darüber wundern, daß die Oberschulbehörde so rasch die Knabengymnasien den Mädchen im Prinzip sämmtlich geöffnet hat. Wenn es sich um Einführung eines neuen Lehrbuches handelt, so holt man von allen Lehrerkonferenzen die eingehendsten Gutachten ein, wenn aber eine derartige prinzipielle und hochwichtige Frage wie die Zulassung der Mädchen in die Gymnasien auf der Tagesordnung steht, da hat man, wie es scheint, die Erfahrungen der Schulmänner nicht nöthig! In dieser Hinsicht kann ich das Kompliment, das der Abg. Dr. Goldschmit dem Unterrichtsministerium gemacht hat: es habe uns vor Experimenten bewahrt, nicht unterschreiben. Das ist doch ein sehr bedenkliches Experiment! Ich habe hiergegen zwei Bedenken. Erstens sagt man wohl: „es kommt nichts vor, wir haben ja auch an den Volksschulen gemeinsamen Unterricht!“ Wir haben ihn aber an Volksschulen nur da, wo die Verhältnisse es verlangen, anderwärts führt man die Trennung zwischen Knaben- und Mädchenschulen durch. Unsere Vorfahren, die doch gemeinsame Schulen hatten und die Trennung durchführten, mußten doch auch einsehen, daß „die Aufhebung der künstlichen Trennung der Geschlechter die intellektuelle Entwickelung nur günstig beeinfluße!“ Was die Hebung des Fleißes und des Betragens anlangt, wird man diese Erfahrung in den unteren Klassen bis jetzt kaum gemacht haben. Die faulen Buben lassen sich durch ein paar Mädchen nicht aneifern; wenn aber auch noch faule Mädchen kommen — wo bleibt dann da das aneifernde Beispiel? In den mittleren Klassen werden die Knaben auch beim Zusammensein mit den Mädchen flegelhaft bleiben. Wenn sich irgendwo ein Einfluß geltend machen kann, so ist es in den oberen Klassen. Ich glaube aber, daß die Veredelung nur sehr äußerlich sein wird. Die „Erfahrungen“, die wir seither mit dem gemeinsamen Unterricht gemacht haben. Die „Straßburger Post“ schrieb im März 1900: „in Hamburg werden in einer Privatschule Versuche mit gemeinsamem Unterricht gemacht“. Im November 1900 schon wird in derselben Zeitung diese Privatschule eine „Musteranstalt“ genannt. Das sind die „Erfahrungen“, mit denen wir nun hausiren gehen! — Die Erfahrungen der Lehrer sind ganz anders. Ich persönlich kann konstatiren, daß schon in den untersten Klassen Briefchen abgefangen wurden mit sehr bedenklichem Inhalt. — Mit dem Frauenstudium hat man sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Eine Statistik über die Resultate des Medizinstudiums von 152 Damen läßt dieses Frauenstudium als Danaergeschenk erscheinen. Auch in Amerika ist das Studium der Frauen im Rückgang begriffen. In Chicago z. B. mußten die eigens für Damen eingerichteten Kurse wegen Mangels an Zuhörerinnen wieder abgeschafft werden. — Meines Erachtens wird die Zulassung von Mädchen zu den Gymnasien die Anforderungen, die an die Schüler gestellt werden, nur herunterdrücken. Die Sorge der Lehrer, möglichst viele Schüler „durchzubringen“, wird dadurch nur größer. Da sowohl die Sorge der Eltern als auch das Mitgefühl der Lehrer bei den Mädchen größer zu sein pflegt, als bei den Knaben, werden wohl noch mehr

Minderbefähigte hinübergeschoben, und es werden noch mehr Leute mit dem Reifezeugniß auf die Hochschule entlassen werden. Daher kommen dann die vielen Mißerfolge im Examen.

Als Mittel zur Einwirkung auf den Fleiß der Schüler hatten wir früher Arrest, Nachsitzenlassen, Strafarbeiten, Nachhausebestellen. Heute findet eine peinliche Registrirung aller Arrestertheilungen statt, und ein, das Mittel übersteigender Prozentsatz wird dann dem Lehrer zur Last gelegt. Strafarbeiten sind jetzt überhaupt verboten, das Antretenlassen zu Hause ist ein sehr bedenkliches Mittel, und es bleibt somit nur das Nachsitzen übrig, d. h. der Lehrer nimmt diejenigen Schüler, die den Anforderungen nicht genügt haben, nach Schluß der Schule noch eine Viertel Stunde vor; was dabei aber herauskommt, ist sehr wenig. Es scheint also kaum mehr ein Mittel vorhanden, träge Schüler zur Arbeit zu bringen und widerstrebende abzustrafen. Diese Humanitätsduselei verursacht das Einreißen der Flegelei und Disziplinlosigkeit. Man sollte die Klassenlehrer in der Handhabung der Disziplinargewalt kräftig unterstützen.

Dem Abg. Frühauf, der die Nützlichkeit des „Schlauches“ hervorheben zu müssen glaubte, muß ich entgegentreten. Auch jetzt noch muß der Lehrer den Schlauch verbieten, weil er in den unteren Klassen den Schüler dazu verführt, statt selbst zu arbeiten, die fertige Arbeit eines anderen zu benützen. Das wirkt auch moralisch ungünstig; denn wenn der Schüler sieht, daß er beim Sprachunterricht mit seinem Schlauche gute Geschäfte macht, so wird er sich fragen: warum soll ich das nicht auch beim Aufsatz so machen? Ich gebe ja zu, daß die Uebersetzung in der Hand eines vorgeübten Schülers und unter Leitung des Lehrers ganz gut wirken kann; aber wenn man daraufhin die Benützung der Schläuche allgemein gestatten würde, so würde das Uebel sehr groß werden.

Nach dem heute üblichen Modus der Stellenbesetzung ist ein Ausschreiben der erledigten Stellen wohl unerläßlich. Zu verurtheilen ist allerdings, was hier und da eine Folge dieses Ausschreibens ist: das Jagen nach dem Platz und das Antichambriren. Das sollte im Interesse des ganzen Lehrerstandes vermieden werden. — Was die Berufung zu junger Leute anlangt, wird allgemein anerkannt, daß unter der derzeitigen Leitung des Oberschulraths die Stellen im allgemeinen gerecht und nach der Anciennetät besetzt werden. Ausnahmen sind selten, aber gerade in jüngster Zeit ist es wieder vorgekommen, daß ein Praktikant des Jahrganges 1898, der vorher schon Lehrer gewesen sein soll, außer der Reihe angestellt wurde. Nach einer früheren Erklärung des Oberschulrathsdirektors sollten derartige Rücksichten nicht gelten.

Abg. **Frühauf**: Der Herr Vorredner hat den Punkt, der unserer Unterrichtsverwaltung zum höchsten Lobe gereicht, die Zulassung der Mädchen zu den Gymnasien, in ein sehr bedenkliches Licht gerückt. Aber seine Bedenken werden von der überwiegenden Majorität in immer geringerem Umfang getheilt werden. Eine solche Rede erfüllt allerdings den fortschrittlich denkenden Menschen mit Muth, ist er doch in der Lage, zu konstatiren, daß man heute schon ganz erstaunt ist über eine solche Rückschrittlichkeit. Die Hindernisse, die der Vorredner in dem gemeinsamen Unterricht der Knaben und Mädchen erblickt, erinnern mich an das berühmte Hinderniß, das im englischen Oberhaus erwähnt wurde, als es sich um die Einführung der Eisenbahnen handelte: „Wenn aber erst einmal eine Kuh sich der Bahn auf den Schienen entgegenstellt? Das gäbe doch ein großes Unglück!“ Darauf wurde geantwortet: „Ja, das gäbe ein großes Unglück — für die Kuh!“ Den hierauf bezüglichen vorzüglichen Ausführungen der Abgeordneten Goldschmit und Heimburger schließe ich mich vollständig an, und ich fürchte nicht, daß die vom Abgeordneten Köhler geäußerten Bedenken die Unterrichtsverwaltung irre machen werden.

Wegen meiner Ausführungen über den vom Herrn Berichterstatter getadelten Mangel an Disziplin sind die heftigsten Angriffe gegen mich gerichtet worden. Der Berichterstatter hob diesen Mangel an Disziplin nicht hervor, um der Lehrerschaft einen Vorwurf zu machen, sondern im Zusammenhang mit dem Vorwurf maugelnden Entgegenkommens, den er gegen den Oberschulrath erhob. Er hatte nicht die Absicht, die der Herr Minister aus diesen Worten herauslas, ein Disziplinarverfahren in Bewegung zu setzen. Ich fühlte aber das Bedürfniß, mich sofort gegen eine derartige Auffassung zur Wehre zu setzen, und in diesem Sinne sprach ich von dem „erwünschten“ Mangel an Disziplin. Es handelt sich hierbei nicht um das dienstliche, sondern lediglich um das außerdienstliche Verhalten der Lehrer. Daß es mir durchaus fernlag, eine Disziplinlosigkeit im dienstlichen Verhalten erwünscht zu finden, ist doch selbstverständlich. Niemand aber war im Stande, eine wirkliche Disziplinlosigkeit der Lehrer innerhalb des Dienstes vorzubringen. Es handelt sich nur um ihr außerdienstliches Verhalten, und der Gerichtshof sprach ihnen thatsächlich die Wohlthat des § 193 zu, wenn sie mit ihren Beschwerden sich entweder an die vorgesetzte Behörde oder an die Presse wenden.

Es ist auch die Tendenz zu bemerken gewesen, die Lehrer, die an der Spitze der Bewegnng stehen, von den „braven“ Lehrern zu trennen und diese aufzufordern, jene von ihren Rockschößen abzuschütteln. Diese Worte konnten nur den Zweck haben, gegen bestimmte Lehrer das Disziplinarverfahren zu entfesseln. Hiergegen muß man sich ganz entschieden verwahren. Wer die Eingabe der Lehrer an die Landstände gelesen hat, wird erkennen, daß der ganze Lehrerstand hinter den Führern der Bewegung steht, und wir werden hoffentlich nicht das Schauspiel erleben, daß die Lehrer, die sich opferwillig in den Dienst ihrer Standesinteressen stellten, statt ihre freie Zeit im Wirthshaus zuzubringen, in ein Disziplinarverfahren verwickelt werden. Das würde sich die Lehrerschaft wohl auch schwerlich gefallen lassen. Eine Entschuldigung der Betreffenden muß die Sache wieder gut machen. Sie sind die schlechtesten Elemente unter der Lehrerschaft nicht.

Der Herr Minister sagt, er begreife nicht, daß man die Vorwürfe gegen den Oberschulrath nicht substanziirt habe. Der Abg. Obkircher hat seine Vorwürfe doch ganz gründlich substanziirt, und die Ausführungen der Abg. Dr. Heimburger, Dr. Goldschmit, Fendrich, Blümmel und Bassermann, sowie die Auslassungen der Presse müssen dem Herrn Minister die Ueberzeugung beigebracht haben, daß, wenn heute ein Plebiszit unter der Lehrerschaft etwa nach Art des Reichstagswahlrechts erhoben würde, das Resultat ein unverhülltes Mißtrauensvotum gegen den Oberschulrath sein würde. Einen übergroßen Mangel an Initiative in Bezug auf die Wahrung der Standesinteressen der Lehrerschaft hat der Oberschulrath damit gezeigt, daß er taub war gegen die Bestrebung, die Volksschullehrer in den Gehaltstarif einzureihen. Im Uebrigen brauche ich diese Vorwürfe nicht alle im Einzelnen wiederholen, ich brauche auch nicht die Namen der Lehrer zu nennen, die mit dem Oberschulrath böse Erfahrungen gemacht haben. Der Abg. Obkircher hätte dem Oberschulrath gewiß nicht Bureaukratismus vorgeworfen, wenn er nicht eine greifbare Grundlage hätte. Die Lehrer sind eben so sehr abhängig vom Oberschulrath, daß sie sich nur durch das Sprach-

rohr der Volksvertretung an die Regierung wenden können, allenfalls haben sie noch die Presse, aber die Benützung dieses Mittels wird ja nicht gerne gesehen! Ich will übrigens auch Namen nennen: es wird mir geklagt, der Rechtsreferent, Oberschulrath Schmidt sei der Träger rückschrittlicher Ideen und schwerer Vorurtheile gegen die Lehrerschaft. Und diese wendet sich ganz entschieden dagegen, daß gerade dieser Mann in die neue leitende Stelle einrückt. Die Lehrer freuten sich schon, durch die im Bericht niedergelegte Ansicht der Kommission werde dem Eintritt dieser Befürchtung ein Riegel vorgeschoben, und es rücke ein Schulmann in die leitende Stelle ein. Jetzt müssen wir aber hören, daß das nicht beabsichtigt ist, und der Lehrer Zehnter fällt den Lehrern gar in den Rücken, indem er sagt, das hieße den Fleck neben das Loch setzen, wenn man dem Kommissionsantrag entspräche! Da können Sie es den Lehrern nicht verdenken, wenn sie sagen: hierin erblicken wir eben eine systematische Vernachlässigung unserer Standesinteressen, gegen die wir uns wehren, so gut wir können!

Der Abg. Fehrenbach hat geglaubt, mir gute Rathschläge geben zu müssen in Bezug auf mein Verhalten zur Hebung des Ansehens dieses Hauses. Heute hätte er Veranlassung gehabt, seinem eigenen Parteigenossen Köhler jene Worte zuzurufen, der die Lokusverhältnisse als Hinderniß der Vereinigung von Knaben- und Mädchenschulen anführte. Ich glaube, daß solche Aeußerungen noch weniger dazu beitragen, das Ansehen dieses Hauses zu erhöhen! Ich habe nie den Anspruch auf autoritative Behandlung dieser Frage erhoben. Ich erinnere mich als alter Schüler an die Mißstände und gebe als Abgeordneter Anregungen, um sie den Fachmännern und der Regierung zur Prüfung zu unterbreiten. Und dieses Recht der Anregung werde ich mir doch nicht vom Abg. Fehrenbach absprechen zu lassen brauchen! — Was seine sachlichen Aeußerungen anlangt, ist die Frage, ob nicht auch die alten Sprachen durch Voranstellung der Lektüre getrieben werden sollen, keine Erfindung von mir. Diese Frage bewegt weite Kreise von Schulmännern, und ich habe mir lediglich erlaubt, aus der praktischen Erfahrung einen Fall vorzutragen, der sich in meiner Nähe abgespielt hat. — Wenn aber so großer Werth gelegt wird auf die Grammatik, so muß ich doch bekennen, daß ich es oft als schwere Lücke in meiner Bildung empfand, daß auf der Schule die deutsche Grammatik so sehr vernächlässigt wird. Und doch wäre die Grammatik bei der Muttersprache des Schülers recht am Platze.

Der Abg. Fehrenbach hat sich moquirt über meine Auffassung von der Kriegsgeschichte. Doch ist er dabei sehr auf dem Holzweg. Meine Achtung vor diesem Hohen Hause ist viel zu groß, als daß ich hier in einer saloppen Weise vorginge, Ich gestalte meine Vorträge nicht so sehr wissenschaftlich, sie sind aber dennoch ein Resultat großer Ueberlegung und gründlichen Nachdenkens. Wenn ich sage, es ist den Schülern zu zeigen, daß der Krieg ein Rechtsgeschäft ist, bei dem der eine etwas verlangt, was der andere nicht geben will, daß er zusammenhängt mit der Uebervölkerung eines Landes, mit dem Expansionsbedürfniß des Volkes u. s. w., so kann der Abg. Fehrenbach diese meine Anschauung in dem autoritären Werke Rettich's „Das Recht zum Krieg" begründet finden.

Trotzdem es der Abg. Fehrenbach unverständlich findet, weise ich wiederholt auf die Deckungsfrage hin und nehme hierfür jene zwei Millionen in Anspruch, die an die Eisenbahnschuldentilgungskasse ungerechtfertigter Weise geleistet werden. Es wäre sehr am Platze, wenn der Herr Minister nicht nur 19, sondern die nach den interessanten Darlegungen in den „Süddeutschen Schulblättern" erforderlichen 50 bis 60 Stellen forderte und mit den Worten an die Volksvertretung heranträte: wir bitten, im Hinblick auf diese zwei Millionen uns diese 50 bis 60 Stellen zur Verfügung zu stellen.

Der Abg. Fehrenbach meint, an mir habe nur der Abg. Dreesbach Freude. In allen wichtigen Abstimmungen sind wir uns diametral gegenüber gestanden, und so wird es auch fernerhin sein. Ich erinnere an die Main-Neckarbahn, die Rheinregulirung, den Dispositionsfond, die Orden. Woher soll da die übergroße Freude Dreesbach's kommen? Daß vom Abg. Fehrenbach immer auf das Karlsruher Wahlbündniß zurückgekommen wird, das nehme ich ihm gar nicht übel, hatte doch das Bündniß in erster Linie nicht eine Spitze gegen die Sozialdemokraten und Demokraten, sondern gegen das Centrum.

Präsident **Gönner** bittet den Redner, dieses Thema nicht weiter auszuspinnen.

Abg. **Frühauf** fortfahrend: Sie werden in der ganzen Welt keinen fortschrittlichen Liberalen finden, der in der Schulfrage nicht dem Centrum diametral gegenüberstände. Sie fordern für die Kirche, die Geistlichen ein oberstes Auffichtsrecht, wir genau das Gegentheil: der Geistliche soll den Religionsunterricht ertheilen, dem weltlichen Unterricht aber ganz fern bleiben, dafür verlangen wir staatlich gebildete und staatlich beaufsichtigte Lehrer. Wenn also der Abg. Fehrenbach hier bittere Worte gebraucht hat, so hat das selstverständlich auf mich nicht den geringsten Eindruck gemacht. Es sind eben sachliche Differenzen, die wir ausfechten, und dabei folgt der Eine dieser Art, der Andere jener. Mir ist es ganz gleichgiltig, was gegen mich persönlich vorgebracht wird; ich beschränke mich auf das sachliche Vorbringen und dessen Widerlegung.

Abg. Dr. **Goldschmit**: In der Beurtheilung der allgemein gehaltenen Angriffe, die von mehreren Rednern von jener Seite des Hauses erhoben wurden, stehe ich auf dem Standpunkt, den der Herr Abg. Wilckens vorgestern vertreten hat. Ich habe schon neulich angeführt, daß sich unsere Mittelschulen — von den Volksschulen werden wir noch reden — mit denen aller deutschen Staaten vergleichen dürfen. Und wenn die Lehrer an Volks- und Mittelschulen auch noch manche Wünsche haben, deren Erfüllung sie lebhaft entgegensehen, wenn auch hier und draußen allerei Kritik geübt wird, das muß ich doch mit dem Herrn Abg. Wilckens anerkennen, daß durch das Zusammenwirken von Regierung und Volksvertretung vieles gethan und erreicht wurde, auf materiellem wie auf anderem Gebiete. Es war natürlich vorauszusehen, daß der Herr Abg. Fendrich die Aeußerung des Reichstagsabgeordneten Bassermann hier verwerthen würde. Ich kann nur beklagen, daß auf Herrn Fendrich bloß dieser kleine Theil der Rede Eindruck gemacht hat. Aber was beweist er mit dem Citat, das er übrigens unvollständig anführte? Meines Erachtens doch nur, daß auch einem so namhaften Politiker und gewandten Parlamentarier, wie Herr Bassermann es ist, in einer sonst meisterhaften Rede eine Aeußerung entschlüpfen kann, die in dieser Form besser nicht gesagt worden wäre. Wenn wir auch unserem Parteifreunde Bassermann für die Unterstützung von damals zu großem Danke verpflichtet sind, so kann mich dieses doch nicht abhalten zu gestehen, daß ich jene Aeußerung für eine Entgleisung ansah und mit mir manche Hörer. Uebrigens hat der Redner hinzugefügt, was Herr Fendrich verschweigt, „damit unser Schulwesen nicht rückständig bleibe". Bassermann sieht es also selbst nicht so an, es ist es auch nicht. Bei aller Anerkennung indessen für alles, was in geistiger und materieller Beziehung von Kammer und Behörden für unser

Schulwesen geschehen ist, darf man aber zweierlei nicht vergessen. Es sind wiederholt, freilich nur von einzelnen Persönlichkeiten, Aeußerungen gefallen, die nicht gerade zur Steigerung der Zufriedenheit im Lehrerstande beitrugen, bei Mittel- und Volksschullehrern, und die nicht so schnell vergessen werden. So ist die menschliche Natur einmal beschaffen. Günstiges nimmt man in stiller Dankbarkeit hin, wobei ich dahin gestellt lasse, ob der Dank oder die Stille das stärkere Moment ist, gegen Beurtheilungen und Handlungen, die man für verletzend hält, wehrt man sich um so intensiver. Man darf zweitens nicht vergessen, daß gerade den Lehrern an den Mittelschulen gegenüber bei dem Entwurf und der Verabschiedung des Beamtengesetzes der frühere Finanzminister und sein nächster Mitarbeiter gar zu fiskalisch und sparsam verfuhren. Man hat jene Verkürzung nicht als eine materielle Einbuße in erster Linie, sondern vor allem als eine Geringschätzung des ganzen Standes auffassen müssen. Daran war ja freilich die Behörde und das Hohe Haus nicht schuld, die Kommission wollte weiter gehen, es scheiterte am Widerstand der Finanzverwaltung. Daß die Mißstimmung berechtigt war, beweist doch schon der Umstand, daß nach ganz kurzer Zeit eine Aenderung gemacht werden mußte, die von der Behörde, der Finanzverwaltung und den Ständen als nothwendig erkannt war. Ich gehe nun noch auf einige Einzelheiten ein, die im Laufe der Debatte hervortraten; in aller Kürze zunächst noch einmal auf einen Verweis an einen hiesigen Praktikanten. Nicht den Verweis als solchen habe ich beanstandet, das konnte ich nimmermehr als meine Aufgabe betrachten, sondern die Art, wie er ertheilt wurde. Der Herr Minister hat die Berechtigung des Verweises dargethan, die habe ich gar nicht bestritten, sondern nur mein Befremden ausgedrückt, daß er durch die Polizeibehörde ertheilt wurde. Ich meine auch jetzt noch, daß die Dinge so einfach lagen, daß er durch den Direktor der Schule geschehen konnte; wollte man das nicht, so lebt ja der Praktikant am Sitze des Oberschulrathes. Der Herr Minister sagte, daß der betreffende Herr sich hätte mit einer Beschwerde an das Ministerium wenden können. Es könnte nun aus diesem Worte die Folgerung gezogen werden — ich glaube nicht, daß der Herr Minister es so gemeint hat — aber man könnte doch draußen zu der Anschauung kommen, daß der Herr sich an mich gewandt hat. Ich kenne ihn gar nicht, ich habe ihn mit Wissen noch nie gesehen, wußte bis vor Kurzem gar nicht, daß ein Praktikant dieses Namens hier thätig ist. Ich habe lediglich einer vielfach getheilten Anschauung Ausdruck gegeben, die übrigens auch, wie ich betonen muß, von anderen Persönlichkeiten als von Lehrern vertreten wird.

In der Frage des Vorsitzes beim Beirathe halte ich für die städtischen Mittelschulen, gerade wie Herr Wilckens, in den Städten der Städteordnung den Oberbürgermeister oder seinen Stellvertreter als die richtige Persönlichkeit für den Vorsitzenden. Anders bei den staatlichen Gymnasien, da habe ich mich von der Unrichtigkeit meiner Ansicht nicht überzeugen können. Ich betrachte die Sache lediglich vom prinzipiellen Standpunkt und will in keiner Weise den Gedanken aufkommen lassen, als ob wir hier in Karlsruhe gegen den gegenwärtigen Vorsitzenden des Beirathes am Gymnasium etwas einzuwenden hätten. Noch viel weniger habe ich mich von der Unrichtigkeit dessen überzeugen können, was ich über das Ausschreiben der Stellen sagte. Die Herren, die die Güte hatten, mir zuzuhören, werden sich erinnern, daß ich ausdrücklich sagte, ich wollte als Vertreter einer Stadt, die so viel für das Schulwesen gethan habe, zu allerletzt zu einer Beschränkung der Rechte der Stadtverwaltung beitragen. Aber diese Mitwirkung läßt sich auch auf andere Weise erzielen. Herr Heimburger sagte wohl es liege im Interesse der Lehrer, daß die Stellen ausgeschrieben würden. Dann müßten sie doch auch an den Gymnasien ausgeschrieben werden. Wo sind die, die das je für zweckmäßig oder wünschenswerth gehalten haben? Man erfahre die Vakanzen nicht. So lange man mir nicht beweist, daß Vakanzen im Richteramt, im Verwaltungsamt ohne Ausschreiben unbekannt bleiben, glaube ich nicht an die Ersprießlichkeit dieser Maßregel. Sehen wir doch, wie der Vorgang thatsächlich, besonders bei Anstellung von Praktikanten, verläuft. Für eine oder mehrere Stellen melden sich bis zu fünfzig, von denen der Stadtrath unter Umständen keinen einzigen kennt. Aber die Behörde kennt ihr Personal. Sie weiß doch, der oder jener Mann, dieser oder jener Jahrgang ist an der Reihe. Natürlich weiß ich, was der Herr Direktor des Oberschulraths betonte, daß man nicht Mathematiker an Stelle der Philologen und umgekehrt setzen kann, daß man nicht peinlich nach der Anciennetät gehen kann. Es kommt das Prüfungsergebniß, die Lehrgeschicklichkeit und manches andere in Betracht. Aber das alles zu beurtheilen, ist doch Sache der Behörde. Wozu braucht sie zu den Meldungen auffordern? Man lege doch dem Stadtrath die Liste jener vor, die nach ihrer Anciennetät an der Reihe, nach Beurtheilung der Behörde geeignet sind für die betreffende Stelle, dann hat die Stadt immer noch die Wahl, sie ist immer noch in der Lage, sich über Näheres zu erkundigen, ihre Mitwirkung bleibt vollständig gewahrt. Haben sie schon einmal gehört, daß ein Referendar sich erst auf eine offene richterliche oder sonst staatliche Stelle nach einem Ausschreiben melden muß, um erstmals angestellt zu werden? Bei den Meldungen der Lehrer kommt es aber vor, daß junge Leute ohne erkennbaren Grund aus dem Jahre 1894 beispielsweise angestellt werden, längere Zeit angestellt sind, während andere aus dem Jahre 1892 noch darauf warten. Und da wundert man sich, daß die jüngeren, lebhafter urtheilenden Personen ungeduldig und mißmuthig werden. — Es kam aber auch vor, daß sich tüchtige ältere Lehrer zum Schaden der Stadt und der Schule auf diese Art Meldung nicht einließen. In Preußen, sagte Herr Abg. Zehnter, müßten die Verhältnisse noch schlechter sein, sonst würde man dort nicht von außen her Männer berufen müssen. Das ist richtig, oder war es wenigstens bis vor Kurzem. Aber man muß eben in Baden verhindern, daß bei uns nicht auch Nothstand eintritt. Das Citat aus Häusser bezieht sich auf die Volksschullehrer. Doch davon später. Wir vertreten diese Sache gewiß nicht aus einem einseitigen Standesinteresse, noch gar aus persönlichem Interesse. Den älteren Lehrern, die in definitiver Anstellung sind, könnte es füglich für ihre Person gleichgiltig sein, was mit den jüngeren geschieht, wie lange sie zu warten haben. Uns liegt das Interesse der Schule, der Jugend und damit eine öffentliche Angelegenheit von großer Bedeutung am Herzen. Ganz aus demselben Grunde sprechen wir uns für Verringerung der Schülerzahl durch häufigere Parallelisirung der Klassen und die Errichtung zweiter Anstalten aus. So zart geartet sind wir nicht, daß wir nicht auch mit 40 und mehr in einer Klasse fertig werden können. Aber die Jugend leidet darunter. Wir haben hier in Karlsruhe an den vier Schulen 69 Klassen mit vier Direktoren; nach der Durchschnittszahl müßten es, wenn wirklich Aufsich und Arbeit des Direktors nach allen Seiten hin fruchtbar sein soll, sechs oder sieben Direktoren, also sechs bis sieben Anstalten sein statt vier. Man kann gewiß nicht alles so schnell erreichen. Aber die fünfte Schule wird doch von der Stadt in absehbarer Zeit, da Vorbereitungen getroffen sind, errichtet werden, und für die sechste habe

ich bereits am Dienstag das Mitgefühl der Behörde angerufen. Einen derartigen Wettbewerb zwischen Staat und Stadt wird man sich gerne gefallen lassen, weniger aber jenen Wettlauf, der neulich von einem der Redner gerügt wurde, der darauf hinausgeht, die Frequenz künstlich zu steigern. Es müssen da freilich sonderbare Anschauungen obwalten. Ich kann sagen, so sehr wir uns auch bemühen, jeden Schüler liebevoll zu behandeln, wir haben am Gymnasium in Karlsruhe so viel, daß mir neidlos ein Drittel ziehen ließen. Dazu bedarf es der Reklame nicht, die in der letzten Zeit hin und wieder in politischen Blättern auftauchte; die Schule ist zu gut, um auf solche Weise Kundschaft anzulocken, dieses Verfahren überläßt man besser den Ramschbazaren. Was der Abg. Köhler hinsichtlich des Frauenstudiums ausführte, hat mich nicht überzeugt. Ich meine, man hat viel weniger Bedenken zu hegen da, wo die Abtrennung der Geschlechter weniger streng gehandhabt wird. Was den Ausdruck „Humanitätsduselei" angeht, so kann ich nur sagen, daß man mit der Humanität viel weiter kommt, als mit unangebrachter Strenge. (Bravo.) Der Fall am Karlsruher Gymnasium hat seine ordnungsmäßige Erledigung gefunden.

Der Herr Abg. Frühauf hat uns noch eine Reihe Mittheilungen aus seinem Leben in der Schule gemacht. Es ist immer mißlich, von den eigenen Schulerlebnissen auf den Zustand im allgemeinen zu schließen. Der Schüler ist auch in seinen späteren Jahren noch Partei. Uebrigens besuchte, wenn ich recht weiß, der Herr Frühauf gar kein badisches Gymnasium. Zunächst muß ich ihm gegenüber richtig stellen, daß ich die Bedeutung des mathematischen Unterrichts durchaus nicht unterschätze. Im Gegentheil, ich betrachte ihn, es ist von einem Schulmanne eigentlich selbstverständlich, als ebenso nothwendig und ersprießlich für die allseitige Ausbildung wie den sprachlichen. Ich habe nur exemplifizirt und gesagt, man dürfe die Lehrgegenstände nicht danach beurtheilen, ob man sie im späteren Leben brauche oder nicht. Man höre das so oft von Laien über den griechischen Unterricht. Wer freilich meint, daß man den Schüler in die Schönheiten der griechischen Literatur nur einführt, damit er die Fremdwörter versteht, mit dem ist nicht zu rechten. Manche, Viele sagte ich, brauchten auch die Mathematik in ihrem Berufe nicht und doch werden sie diesen Unterrichtsgegenstand nicht missen wollen. Den Anschauungen des Herrn Frühauf über den hohen Werth der deutschen Uebersetzungen für den Unterricht können wir nimmermehr beitreten. Werth hat diese Art von Uebersetzungen nur für die Buchhändler und Verleger. Ich muß auf das Bestimmteste bestreiten, daß der Schüler, der mit Uebersetzungen arbeitet, schneller und besser vorwärts kommt als einer, der sie entbehrt. Ganz das Gegentheil ist der Fall. Der Lehrer merkt nach Kurzem, auch wenn er nicht im Besitze der „freundlichen" oder anderer Ausgaben ist, woher die Weisheit stammt. Die Schüler gebrauchen diese Uebersetzungen fast ausnahmslos falsch und damit schädlich. Nur das Verständniß, das man sich selbst, wenn auch anfangs schwierig, erarbeitet hat, fördert weiter und führt den Schüler in den Geist des Schriftstellers ein, dann geht es um so leichter. Darum soll man auch den grammatischen Betrieb nicht gar zu gering achten. Gewiß kann man ihn übertreiben und dadurch die Lust am Lernen ertödten. Aber die Methode Toussaint soll man uns für die alten Sprachen nicht empfehlen. Sie verkennen, meine Herren, die Schulung und logische Schärfung des Verstandes, die durch einen richtigen Betrieb der Grammatik erzielt wird, sie verkennen, daß man an der Hand der lateinischen Grammatik die Grundlage für alle sprachlichen Begriffe zu legen hat und dadurch in eminenter Weise das Erlernen jeder Sprache erleichtert, auch das Verständniß für die Reinhaltung der Muttersprache weckt und steigert. Kein Geringerer als Helmholtz — also gewiß ein vertrockneter Schulmeister — äußerte sich vor 40 Jahren einmal: „Die Muttersprache und die fremden Sprachen, die man nur durch Uebersetzungen kennt, nehmen das bewußte logische Denken nicht in Anspruch. Die lateinische und griechische Sprache haben neben ihrer feineren künstlerischen und logischen Ausbildung den Vorzug, daß sie das grammatische Verhältniß der Worte und Sätze zu einander genau bezeichnen". Mit der Lektüre zu beginnen, ohne jede grammatische Kenntniß und ohne jede Vokabel, ja, das hatten wir hier in den ersten Monaten des Mädchengymnasiums. Das Ergebniß war, daß der Kladderadatsch Stoff erhielt zu einer launigen Behandlung „einer Stunde im Karlsruher Mädchengymnasium". Mit seinen Angaben aus dem Geschichtsunterricht hat Herr Frühauf nur bewiesen, daß es gute und minder gute Lehrer gibt. Dieses Schicksal theilen wir mit den Männern aller Berufsarten. Wogegen freilich der Herr Heimburger ankämpfte, weiß ich nicht, er schlug offene Thüren ein. Ich habe doch nur gewarnt, dem Geschichtsunterricht Aufgaben aufzubürden, die er nicht leisten kann; ich habe davor gewarnt, statt der Handlungen lebendiger Personen, für die die Jugend sich begeistern kann, sie mit den Zuständen mit dem Leblosen zu plagen. Ich habe ausdrücklich hinzugefügt, daß der historische Sinn geweckt werden muß. Mit den Thatsachen, daß es nicht in allen Epochen große Männer gegeben hat, daß aber auch die Thaten der Größten sich erst auf der Vorbereitung früherer Geschlechter aufbauen, daß dann aber die Großen dem Ergebniß den Stempel ihres Geistes aufprägen, wie das Alles Herr Heimburger sagt, mit solchen Thatsachen von vollendeter Unbestreitbarkeit wollen wir doch das Hohe Haus nicht aufhalten. Von dem, was Herr Heimburger von Luther und Bismarck da anführte, hat doch Niemand etwas bestritten. Es besteht eine innige Wechselwirkung zwischen dem Schaffen der Volksseele und dem Thun der Großen, wer hätte das je geleugnet? Aber so sicher man zugeben muß, daß auch ein Bismarck im 18. Jahrhundert bei den so völlig andersgearteten Zuständen und Stimmungen das Deutsche Reich nicht gegründet hätte, ebenso gewiß ist es, daß trotz Allem, was im 19. Jahrhundert geschah, es ohne Bismarck nicht geschaffen worden wäre. Das werden wir freilich nie ergründen, wie denn immer zur rechten Zeit der Genius erscheint und zur Vollendung führt, was Tausende vor ihm geahnt, gewünscht und dem sie vorgearbeitet haben. Aber eine Ahnung und bis zu einem gewissen Grade ein Wissen von der Bedeutung der Epoche und der in ihr wirkenden Männer kann man der Jugend beibringen. Ich glaube also, darin sind wir ziemlich einig. Anders mit Herrn Fendrich. Da kann ich mich in Gründlichkeit der Studien und in Tiefe der Auffassung nicht messen. Ich habe für meine Beurtheilung vom Wesen des Geschichtsunterrichts nur die schlichte Erfahrung meiner Wirksamkeit von mehr als einem Vierteljahrhundert für mich. Ich habe nach der Auffassung des Herrn Fendrich bisher die Geschichte gefälscht in meinem Unterrichte und kann nicht versprechen, daß ich mich nun bessern werde. Ich werde, so lange mir zu wirken vergönnt ist, so fortfahren und weiter fälschen und kann nur hoffen und wünschen, daß niemals die Zeit kommen wird, da auf unseren Schulen, von der Volks- bis zur Hochschule hinauf Geschichte und vor allem vaterländische Geschichte so vorgetragen oder gelehrt wird, daß der Herr Fendrich und seine Gesinnungsgenossen damit zufrieden sind. Auf eine scherzhafte Bemerkung des Herrn Abg. Fehrenbach meinte Herr Fendrich, daß ich ihm und seinen Freunden noch mehr Freude mache, als Herr Frühauf. Ich betrachte es zwar nicht als

meine Aufgabe, dem Herrn Fendrich Freude zu bereiten, auch sehe ich den Zusammenhang nicht ein, in dem unsere Eisenbahndebatte von neulich mit der heute zu diskutirenden Materie stehen soll. Doch ich will ihm ausnahmsweise noch eine größere Freude machen und gestehen, wenn ich jene Rede nicht gehalten hätte, so würde ich sie, böte sich die Gelegenheit, dazu, wieder halten. Wie ich mich deshalb mit denjenigen meiner politischen Freunde auseinandersetze, die anderer Meinung sind, möge Herr Fendrich nur freundlichst mir überlassen. Auch was meine Anschauung in der Frage in der Vergangenheit für Wirkung gehabt haben könnte oder in Zukunft haben mag, auch darüber mag er beruhigt sein. Wenn er sonst keine persönlichen oder politischen Sorgen hat, ist er wirklich um seine glückliche Ruhe zu beneiden. Ich will nur eines noch sagen. Die Kritik hier und draußen, die vielfachen Entstellungen und Beschimpfungen beirren mich nicht. Die Sozialdemokraten wählten und wählen auch nicht mit oder ohne Eisenbahnrede. Wenn die Blätter übrigens wüßten, wie viele mündliche und schriftliche Zustimmungen ich erhalten habe, wenn sie wüßten, aus welchen Kreisen ein Theil derselben stammt, dann würden einzelne vermuthlich auch schimpfen und entstellen und volle Unwahrheiten verbreiten, aber sie würden alle die Sache an sich doch etwas anders beurtheilen. Dann hat Herr Fendrich gemeint, es würde auf den Mittelschulen noch geprügelt. Ich muß diese Aeußerung als völlig unbegründet bezeichnen, wenn sie so allgemein hingestellt wird. Daß einmal einem lebhaften Temperament gegenüber von Verstocktheit oder dauernder Nachlässigkeit die Hand locker wird, will ich nicht bestreiten, obwohl ich es nicht billige. Aber begreiflich werden Sie es finden, menschlich begreiflich. Es bleibt indessen eine große seltene Ausnahme auch für die unteren Klassen, in mittleren und oberen darf es überhaupt nicht vrkommen. Nun noch ein Wort. Herr Fendrich muß ganz eigenartige Quellen haben, aus denen er seine reichen Kenntnisse schöpft, wenn er sagt, es seien doch an einer Anstalt höchstens zwei bis drei Lehrer, an die die Schüler mit Dank zurückdenken. Diese Aeußerung schließt eine Ungeheuerlichkeit in sich, die man nicht scharf genug zurückweisen kann. Da haben wir doch mit der übergroßen, erdrückenden Mehrheit unserer ehemaligen Schüler andere Erfahrugen gemacht. Ich vermuthe, daß dem Herrn Abgeordneten die rechte Empfindung für die Tragweite seiner Worte abging, aber unwidersprochen kann ich sie nicht lassen und zwar nehme ich an, wohl im Sinne aller meiner Standesgenossen im ganzen Lande zu sprechen. Es gibt ja einzelne undankbare Persönlichkeiten, es gibt auch einzelne katilinarische Existenzen, sogar solche, die sich später für originell in Wort und Geberde halten, nur die können die Lehrer preisgeben. Unwidersprochen kann ich auch die Behauptung nicht lassen, daß dem größeren Theil der Lehrer die Lehrbefähigung abgehe, ich brauche wohl nicht weiter darauf einzugehen. Solche maßlose Uebertreibungen tragen die Kritik in sich selbst. Niemandem kann eine berechtigte Kritik willkommener sein, als dem Lehrerstande, und wo Naturen vorhanden sind, die leicht nervös werden, dann mögen sie schleunigst die Empfindlichkeit zu unterdrücken suchen, insofern dem Kritiker wirklich am Herzen liegt, was uns Lehrern allen theuer sein muß, die Förderung der Wohlfahrt der Schüler, und das Streben, uns ihre Liebe zu gewinnen und für das Leben zu erhalten. (Beifall.)

Abg. Dr. **Heimburger**: Der Herr Unterrichtsminister hat mir vorgeworfen, daß ich keine Gründe für die Vorwürfe gegen den Oberschulrath angegeben habe. Er hat einzelne meiner Ausführungen durchaus mißverstanden. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß der Mangel an wünschenswerthem Vertrauen der Lehrerschaft gegen den Oberschulrath zum Theil darauf zurückzuführen ist, daß man ihn verantwortlich hält für Dinge, für die er nicht verantwortlich ist. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß das Mißtrauen zum Theil unbegründet ist. Ich habe noch weiter hinzugefügt, daß dieses Mißtrauen zum Theil hervorgerufen worden ist durch das frühere Verhalten des Oberschulraths, daß aber Besserung eingetreten ist. Ich habe also nicht etwa dem Oberschulrath mein Mißtrauen ausgedrückt. Der Herr Minister hat in seiner Erwiderung versucht, mich lächerlich zu machen, indem er meinte, ich hätte nur auf einen groben Kanzleidiener hinweisen können. Das war vielleicht vom rein rethorischen Standpunkt aus eine geschickte Wendung. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß die Klagen, die früher gehört wurden, heute nicht mehr laut werden, und habe dabei nur beiläufig auf einen Mißstand hingewiesen, der wohl bekannt ist. Der Herr Minister hat dann auch meinen Vorschlag, den Oberschulrath aufzuheben, ins Lächerliche zu ziehen versucht. Ich befinde mich mit diesem Vorschlag in guter Gesellschaft, denn der Nachbar des Herrn Ministers zur Rechten hat mir dabei zustimmend zugenickt. Ich habe weiter zur Begründung der Behauptung, daß die Mittelschullehrer in ihren Bestrebungen auf Hebung ihrer Stellung vom Oberschulrath nicht genügend unterstützt werden, auf das Verhalten des früheren Oberschulrathsdirektors hingewiesen. Es sind übrigens auch sonst thatsächliche Beschwerdepunkte vorhanden und von anderen Rednern vorgetragen worden. Es war also kein Grund vorhanden, gerade mich als Sündenbock abzuschlachten. Auch der Herr Abg. Obkircher hat der Oberschulbehörde bureaukratischen Geist und Mangel an Initiative vorgeworfen. Der Blitzstrahl hat aber nur bei mir eingeschlagen.

Unser Schulwesen ist in vielen Dingen zurückgeblieben. Zu der vom Abg. Fendrich angeführten Aeußerung des Reichstagsabgeordneten Bassermann hat der Herr Abg. Dr. Goldschmit noch auf den Zusatz hingewiesen, den Herr Bassermann gemacht habe: es sei zu wünschen, daß das Schulwesen nicht rückständig bleibe. Aus dieser Aeußerung hat Herr Kollege Goldschmit mit unvergleichlicher Logik die Konsequenz gezogen, Herr Bassermann habe offenbar gemeint, daß unser Schulwesen nicht rückständig sei. Thatsächlich wird aber Niemand leugnen können, daß unser Schulwesen zurückgeblieben ist. Wir werden beim Volksschulwesen darauf zurückkommen. Ich will daraus dem Oberschulrath keinen Vorwurf machen, nicht an seinem guten Willen, seiner Fähigkeit zweifeln. Aber manche Arbeiten sind eben noch rückständig (Volksschullesebuch), vieleicht deshalb, weil die nöthigen fachmännischen Kräfte im Oberschulrath fehlen. — Es ist vorgekommen, daß jüngere Praktikanten vor älteren zur Anstellung gelangten, ohne daß hierfür ein berechtigter Grund zu erkennen war. Der Herr Abg. Köhler hat einen solchen Fall erwähnt. Ich möchte die Oberschulbehörde um Aufklärung über diese Fälle bitten. Es soll weiter ein Praktikant, der früher Vikar war, an einer Anstalt im Schwarzwald sofort nach dem Examen mit 1800 (statt 1300) M. angestellt worden sein. Auch hierüber bitte ich um Auskunft. — Hinsichtlich des Ausschreibens der Stellen bleibe ich bei meiner Ansicht. Alle Mißstände (das Antichambriren u. s. w.), von denen gesprochen wurde, können auch vorkommen, wenn die Stellen nicht ausgeschrieben werden. Mir scheint es würdiger zu sein, wenn eine öffentliche Aufforderung zur Bewerbung erfolgt. — Meine Ausführungen über den Geschichtsunterricht hat der Herr Kollege Goldschmit mißverstanden.

Der Herr Abg. Fendrich hat ein Vorkommniß bei einem Klassenausflug erwähnt. Hier wäre eine Anzeige an die Oberschulbehörde wohl besser gewesen. Ich möchte

nicht, daß nun etwa ein Generalerlaß des Oberschulraths erginge, „das Verfahren bei Ausflügen betreffend", der in bureaukratischer Weise entsprechende Vorschriften enthielte. Die Schülerausflüge haben auch einen großen prädagogischen Werth.

Ich habe vorgestern gesagt, daß die Kulturaufgaben unter dem Mangel an Geld leiden. Ich habe darauf hingewiesen, daß allgemein anerkannt wird, daß wir zu wenig etatsmäßige Stellen an unsern Mittelschulen haben ꝛc. und daß darunter die Schule leidet. Wenn Kulturaufgaben nicht erfüllt werden können, weil man kein Geld hat, so leiden eben diese Kulturaufgaben darunter. Der Herr Abg. Dr. Wilckens hat in sehr lebhafter Weise dagegen protestirt: — er protestirt überhaupt gerne — die Kulturaufgaben leiden nicht unter dem Mangel an Geld. Dagegen hilft aber kein Protestiren, sondern nur Widerlegen, und diese Widerlegung habe ich vermißt.

Der Herr Abg. Köhler hat sich im Anfang seiner Rede als einen Freund des Frauenstudiums ausgegeben. Aber diese Freundschaft ist im Laufe seiner Ausführungen so zurückgetreten, daß man sagen muß: Das ist offenbar eine Liebe, von der Niemand nichts weiß. (Heiterkeit.) Er hat gemeint, der Dank, der dem Oberschulrath gezollt worden sei, weil er sich nicht auf das Experimentiren eingelassen habe, sei nicht ganz berechtigt gewesen, denn gerade hier (auf dem Gebiet des Frauenstudiums) sei er in das Experimentiren hineingekommen. Dieser Dank hat sich aber auf etwas ganz Anderes bezogen, darauf, daß der Oberschulrath nicht die fortwährenden Aenderungen des Lehrplans dem führenden deutschen Staate nachgemacht hat. Im vorliegenden Fall kann man aber doch nicht von Experimentiren reden. Man müßte sonst jede Aenderung im Unterrichtswesen als Experimentiren bezeichnen. Bei uns hatte man mit der Zulassung vom Mädchen in den Knabenschulen allerdings noch keine Erfahrungen gemacht, wohl in anderen Staaten (Schweiz, Amerika ꝛc.), und zwar überall gute. Herr Abg. Köhler hat das allerdings zu bestreiten versucht. Seine Beweisführung war aber eine etwas eigenthümliche. Er hat auf die schlechten Examensresultate ꝛc. der Pariser Studentinnen hingewiesen. Was hat denn das mit dem gemeinsamen Unterricht von Knaben und Mädchen zu thun? Auch den männlichen Aerzten soll es vielfach schlecht gehen. Das ist keine weibliche Eigenthümlichkeit, wie er zu meinen scheint. Er hat dann auch auf die sittlichen Gefahren hingewiesen. Man soll aber doch nicht, wenn einmal ein Briefchen zugesteckt wird, was ja vorkommen mag, dahinter gleich eine Sünde sehen. Ich glaube, daß das Verhältniß zwischen beiden Geschlechtern ein natürlicheres und sittlicheres werden würde, wenn sie sich bei gemeinsamer Arbeit kennen und schätzen lernen würden, als bei der jetzigen Trennung. Der Herr Abg. Köhler hat befürchtet, daß die Anforderungen geringer werden, und daß die Lehrer gegenüber den Mädchen größeres Mitgefühl zeigen würden. Aus seinen Ausführungen war jedenfalls von diesem größeren Mitgefühl nichts herauszuhören. Wenn er darauf hinweisen zu müssen glaubte, daß nur ein kleiner Theil der Schülerinnen des hiesigen Mädchengymnasiums zum Abiturium gelangt sei, so muß demgegenüber hervorgehoben werden, daß auch von den Gymnasiasten nur ein kleiner Theil zum Abiturium gelangt. Außerdem war das Mädchengymnasium früher eine Privatschule und hatte unter ungünstigen Verhältnissen zu leiden. Jetzt werden die Resultate wohl auch bessere sein. — Ich möchte erwarten, daß die Großh. Regierung auf diesem Wege der Zulassung von Mädchen in den Knabenschulen weiterschreiten und jedenfalls einen ehrlichen Versuch mit dieser neuen Einrichtung machen wird, aus der nur Gutes erwachsen kann.

Abg. Dr. **Binz** bespricht zunächst die Frage der Haftpflicht der Lehrer nach § 832 B.G.B. Ich kann bestätigen, daß hierüber in der Lehrerschaft vielfach Beunruhigung herrscht. In der Karlsruher Schulkommission ist dieser Gegenstand zur Sprache gekommen und ich habe auf ihre Veranlassung z. Zt. einen Artikel in der „Badischen Landeszeitung" über diese Frage veröffentlicht. Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, daß durch das B.G.B. eine Verschärfung der Haftbarkeit gegenüber dem badischen Landrecht eingetreten sei. (Redner weist auf L.R.S, 1384 hin). Das badische Landrecht hat die Haftbarkeit nur ausgeschlossen, wenn der Beweis von dem Lehrer geliefert wurde, daß er den Schaden nicht habe verhindern können. Das war ein außerordentlich schwieriger Beweis. Die Praxis hat diesen Satz milder dahin interpretiert: es genüge, wenn der Lehrer alles gethan habe, was man von ihm verlangen könne, um die Unarten ꝛc. der Schüler zu verhindern. — Das Bürgerliche Gesetzbuch (§ 832) verlangt zum Ausschluß der Haftbarkeit lediglich den Beweis, daß der Lehrer seiner Aufsichtspflicht genügt hat oder, daß der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde. Das ist gegenüber dem Landrecht eine mildere Bestimmung, keine Verschärfung der Haftung. — Redner weist noch kurz auf die einschlägigen Verhältnisse in Württemberg hin und fährt dann fort: Es ist anzunehmen, daß die Gerichte auf Grund dieser neuen Bestimmungen den thatsächlichen Verhältnissen gerecht werden und dem werden entsprechen können, was das Interesse der Schule erfordert, sodaß nicht etwa die so wohlthätigen Schülerausflüge eingeschränkt werden müssen.

Wir haben, glaube ich, Ursache, mit dem Stand unseres Unterrichtswesens zufrieden zu sein, und ich stehe nicht an, einen Theil des Verdienstes daran auch dem Oberschulrath, insbesondere auch seinem derzeitigen Leiter zuzuschreiben. Einzelne Beschwernisse sind ja vorhanden. Das muß ausgesprochen werden unbeschadet der Anerkennung des persönlichen Verdienstes aller Mitglieder des Oberschulraths. Sie haben nach bestem Wissen und Können und unter Bethätigung des größten Interesses für die Schule das geleistet, dessen wir uns heute zu erfreuen haben. Es wäre ja merkwürdig, wenn bei den sich regenden immer neuen Bedürfnissen keine Beschwerden laut würden. — An den den Städten hinsichtlich der städtischen Schulen eingeräumten Rechten sollte in keiner Weise gerüttelt werden. Ich habe aber den Eindruck gehabt, als ob da und dort immerhin Tendenzen nach dieser Richtung bestehen.

Das Institut des Beiraths erfüllt seinen Zweck. Die Schule sollte unter eine gewisse Kontrole der Oeffentlichkeit überhaupt gestellt werden. Man sagt, die Eltern seien die beste Kontrole. Aber das Prinzip der Oeffentlichkeit greift nachgerade so durch die ganze Staatsverwaltung hindurch, daß ich es auch auf dem Gebiete der Schule in intensiverer Weise ausgestaltet sehen möchte. Die öffentlichen Prüfungen, für deren Abschaffung man vielfach eingetreten ist, möchte ich nicht missen, weil sie jetzt die einzige Gelegenheit darstellen, um der großen Oeffentlichkeit Gelegenheit zu geben, in den Schulbetrieb Einsicht zu bekommen. In der Schweiz findet die Unterrichtsertheilung bei viel größerer Publizität statt. Dort hat man sogenannte „freie Schultage" an denen Jedermann dem Unterricht beiwohnen kann. Es ist mir nicht bekannt, daß diese Einrichtung etwa zu Unzuträglichkeiten geführt hat. Ich glaube, sie würde das Vertrauen zur Schule stärken. Wenn jeder sehen kann, wie unterrichtet wird, so wird vielleicht Mancher von seinen Vorurtheilen zurückkommen und der Thätigkeit der Lehrer in höherem Maaße gerecht werden.

Im Geschichtsunterricht sind die beiden vom Herrn Kollegen Frühauf besprochenen Methoden, einerseits das Auswendiglernenlassen nach einem Lehrbuch, andererseits der ausschließlich mündliche freie Vortrag des Lehrers und dessen Wiedergabe durch den Schüler, beides Extreme und verfehlt. Das Richtige liegt wohl in der Mitte.

Hinsichtlich der Methode des altsprachlichen Unterrichts stehe ich durchaus auf dem Standpunkt des Herrn Kollegen Goldschmit. Ich würde es bedauern, wenn das Griechische und Lateinische aus dem Schulunterricht verbannt würden. Es wäre schwer zu verantworten, hier an den Grundlagen unserer Gymnasien zu rütteln. Ich glaube aber auch volles Verständniß zu besitzen für die weitere Ausgestaltung unserer Realanstalten. Unser vielgestaltiges modernes Leben verbietet in der That eine Umformung des Mittelschulwesens. Daß aber unser Mittelschulwesen so reich ausgestaltet ist, ist vor allem ein Verdienst der Städte.

Ich stimme dem Abg. Köhler vollständig bei in dem, was er gegenüber dem Abg. Frühauf über die „Schläuche" gesagt hat. Ich habe die Ausführungen des Abg. Frühauf bedauert, weil ich mir vorstellte, daß nicht zu kleine Kreise unserer Schuljugend sich darüber freuen würden. Den Schülern ihre Aufgabe auf diese Weise durch die Erlaubniß der Benützung von Uebersetzungen erleichtern zu wollen, heißt verkennen, daß die Aufgabe der Schule nicht darin bestehen kann, eine bestimmte Summe von Kenntnissen einzupfropfen. Die klassischen Sprachen werden hauptsächlich deshalb gelehrt, weil sie eines der trefflichsten Bildungsmittel des Geistes sind. Ich würde es sehr beklagen, wenn die Oberschulbehörde etwa einer derartigen Anregung Folge geben und die Benützung von Uebersetzungen gestatten würde. Die meisten Schüler haben auch wohl das Gefühl, daß die Benützung von „Schläuchen" nicht das Richtige ist. Der „Schlauch" muß im allgemeinen verboten sein. — Ich billige durchaus die seitherige Methode unserer Gymnasien in der Erlernung der alten Sprachen.

Der Herr Abg. Fendrich hat gemeint, daß auch heutzutage noch zu viel geprügelt werde auf unseren Gymnasien und daß es früher nicht mehr als zwei bis drei Lehrer an jedem Gymnasium gegeben habe, an die sich die Schüler mit Hochachtung zurückerinnert haben. Beidem muß ich aus meiner Erfahrung widersprechen. — Ueber die Art, wie speziell am hiesigen Gymnasium unterrichtet wird, kann ich nur meine Freude aussprechen.

Der Herr Abg. Fehrenbach ist mit dem Herrn Abg. Frühauf ziemlich scharf ins Gericht gegangen. Ich danke dem Herrn Abg. Fehrenbach für das dabei mir und meinem Kollegen Goldschmit gemachte freundliche Kompliment, wir seien die „guten" Abgeordneten (Heiterkeit). Herr Kollege Fehrenbach hat aber den Kollegen Frühauf nicht in allen Punkten richtig kritisirt. Die Aeußerung des Kollegen Frühauf von dem „Mangel an Disziplin" habe ich nicht so aufgefaßt, wie sie vielfach aufgefaßt worden ist. Die heute von ihm gegebene Auslegung seiner Worte lag eigentlich nahe. Herr Kollege Frühauf konnte sich aber nicht beklagen, daß der andern nach dem Wortlaut seiner Aeußerung auch möglichen Auslegung mit Entschiedenheit entgegengetreten worden ist. Ueber die Aeußerung des Herrn Fehrenbach (von den „guten" Abgeordneten von Karlsruhe) habe ich mich deshalb besonders gefreut, weil sie eine andere Beurtheilung der Nationalliberalen von Seiten des Centrums darstellt. Sonst hieß es, das badische Land hat keine andere Aufgabe, als die Nationalliberalen herunterzubringen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn das eine Wendung in der Politik des Centrums bedeuten sollte. (Heiterkeit.) (Abg. Fehrenbach: Das muß auf Gegenseitigkeit beruhen!) Daß die Nationalliberalen sogar besser sein sollen, als ein Freisinniger: das ist nicht gehört worden seit Jahr und Tag im badischen Landtag. Ich würde es natürlich bedauern, wenn bei einer im übrigen etwas freundlicheren Beurtheilung der nationalliberalen Partei durch das Centrum die sachlichen Gegensätze zwischen beiden Parteien eine Beeinträchtigung erführen. Der Vorwurf des Abg. Fehrenbach, Herr Abg. Dreesbach schmunzle über den Herrn Kollegen Frühauf, der die Geschäfte der Sozialdemokratie besser besorge, als ein Sozialdemokrat, ist unbegründet. (Abg. Dreesbach: Sehr wahr!)

Herr Abg. Fehrenbach hat auch behauptet, daß es durch gewisse unlautere Machinationen vorkomme, daß die Söhne hochmögender Herrn durch die Examina gelassen werden, obgleich sie es nicht verdienen. Das ist ein sehr schwerer Vorwurf, der objektiv verletzend wirken kann. Er ist auch durchaus unzutreffend. Ich möchte konstatieren, daß es auch vorkommt, daß die Söhne hochmögender Herren durch die Examina fallen, wenn sie ungenügende Kenntnisse aufweisen. Nach meinen Erfahrungen ist es an den Gymnasien nicht anders.

Es wird vielfach über die zu langsame Geschäftsbehandlung beim Oberschulrath geklagt. Man müsse zu lange warten, bis endlich ein Bescheid auf eine Eingabe komme. Ich kann es nicht als Pflicht des Abgeordneten erachten, etwa einzelne Fälle anzuführen, er muß berechtigt sein, auch ein allgemeines Urtheil wiederzugeben. Wenn ich diesen bestehenden Beschwerden Ausdruck gebe, so thue ich es nicht etwa im Sinne des Vorwurfs. Ich erfülle nur meine Pflicht, der Regierung vorhandene Beschwerden zur Kenntniß zu bringen.

In dem Disziplinarfall des Karlsruher Lehramtspraktikanten kann ich als neues Moment hervorheben, daß die städtische Schulkommission sich an den Oberschulrath mit der Bitte gewendet hat, man möge im Interesse der Autorität der Schulbehörde die Uebermittlung einer Verfügung an einen Anstaltslehrer dem betreffenden Anstaltsleiter übertragen. Darauf wurde erwidert, daß „die dortige Anschauung weder für berechtigt noch für begründet erachtet und deshalb der dortigen Anregung keine weitere Folge gegeben werden könne." Meines Erachtens hätte wenigstens die Eröffnung des Verweises an den Lehramtspraktikanten statt durch den Amtsvorstand durch den Anstaltsdirektor erfolgen können. Die Eröffnung durch den Amtsvorstand halte ich nicht für angebracht, und ich stimme dem vollständig zu, daß im Interesse der Autorität der Schulbehörden etwas Derartiges unterbleiben sollte. Auch nach der Verordnung von 1870 sollte das nur eine Ausnahme sein. Ich meine, es liegt im Interesse der Schule und der Anstaltsdirektoren, daß anders verfahren wird. Nur in ganz schweren Fällen sollte die Polizeibehörde thätig werden. Es wäre etwas anderes, wenn Disziplinarsachen allgemein so gehandhabt würden. Das ist aber nicht der Fall.

Ein ersprießliches Zusammenwirken der Lehrer mit den Ortsgeistlichen in den Landgemeinden ist gewiß wünschenswerth. Es kommen nun ja Fälle vor, wo den Lehrer die Schuld trifft, wenn es einmal zu einer Trübung des beiderseitigen Verhältnisses kommt. Es kommt aber auch vor, daß der Geistliche Schuld daran ist. Es herrscht nun die Anschauung in Lehrerkreisen, daß der Oberschulrath seinem Friedensbedürfniß in solchen Fällen zu viel Rechnung trägt. Darunter können dann sehr leicht die Lehrer leiden. Es bestehen hier Klagen, denen Ausdruck zu geben ich mich als Abgeordneter für verpflichtet halte. Es kann der Friede nicht immer aufrecht erhalten werden. Ich brauche dabei wohl nicht noch zu betonen, daß ich die Lehrer für verpflichtet halte, dem Geistlichen mit Ehrerbietung gegenüberzutreten, nicht bloß deshalb weil er

Druck und Verlag der G. Braun'

ein Geistlicher ist, sondern auch deshalb, weil er wegen seiner Vorbildung wohl Anspruch auf eine solche Behandlung hat.

In Bezug auf die mehrfach citirte Aeußerung des Reichstagsabgeordneten Bassermann bemerkt Redner: Der Herr Unterrichtsminister hat gemeint, daß die vielfachen Beschwerden in keiner Weise substanziirt seien. Es mache ihm fast den Eindruck: „semper aliquid haeret". Wenn Herr Bassermann vielleicht auch etwas zu weit ging in seiner Aeußerung, so darf er für diese Aeußerung doch das in Anspruch nehmen, daß man nicht annimmt daß sie, wenn er sie in einer Versammlung in solcher Weise ausspricht, jeder thatsächlichen Unterlage entbehre. In jener Versammlung ernster, politisch denkender Männer haben die diesbezüglichen Ausführungen Bassermann's brausenden Beifall gefunden. Da muß denn doch etwas nicht in Ordnung sein. Es müssen eine Summe von Beschwerden gegen die betreffende Stelle vorliegen, die im Zusammenhang doch die öffentliche Meinung zu dem Verlangen nach Remedur brachten. Es wäre diese Aeußerung und der ihr gespendete Beifall unmöglich gewesen und nicht zu erklären, wenn alles in Ordnung wäre. Ich glaube, Einiges zum Ausdruck gebracht zu haben, was jene Stimmung erklärt.

Die Art der Agitation für die Wünsche der Volksschullehrer in gewissen Lehrerkreisen ist entschieden zu mißbilligen und verfehlt auch vollständig ihren Zweck. Sie wäre eher geeignet, die Volksvertretung ihren Wünschen abgeneigt zu machen. Ich hoffe meinerseits, daß die Volksvertretung trotz dieser zu mißbilligenden Agitation Objektivität genug bewahren wird, um allen berechtigten Ansprüchen, die ja thatsächlich bestehen, gerecht zu werden. Auf dem Gebiet des Volksschulwesens ist noch viel zu thun, um unsere Volksschulen auf die Höhe der Zeit zu bringen auch im Vergleich zu anderen Staaten. Das gilt auch vom Lehrplan und von der Ausgestaltung des Unterrichts.

Auch für den Bauernstand ist eine bessere Schulbildung nothwendig. Auch hier heißt es: „Wissen ist Macht". In den Städten haben wir ein schönes, reich ausgestaltetes Schulwesen. Auf dem platten Land aber ist noch viel zu thun. Vor allem ist auch eine bessere Vorbildung der Lehrer wünschenswerth.

Zum Schluß noch ein Wort gegen den Herrn Abg. Heimburger, der wieder einmal, wie das bei seiner Partei Gebrauch ist, beklagt hat, daß die Kulturaufgaben unter den großen Militärlasten Noth leiden. Dem, was der Herr Abg. Wilckens bereits darauf erwidert hat, möchte ich noch hinzufügen: es hieße die Sachlage verkennen, wenn man daran zweifeln wollte, daß wir ohne eine starke Militärmacht und ohne die dadurch gewährte Sicherung des Friedens schwerlich in die Lage kommen würden, auch nur die Hälfte dessen für die Kulturaufgaben aufzuwenden, was wir heute dafür ausgeben.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geh. Rath Frhr. **v. Dusch**: Ich will mich nicht einlassen auf die Einzelheiten schultechnischer Art, die heute wieder zur Sprache kamen, sie werden noch seitens des Herrn Oberschulrathsdirektors beantwortet werden. Ich will mich vielmehr nur an die allgemeinen Gesichtspunkte halten und vor allem auf das erwidern, was heute wieder gegen den Oberschulrath vorgebracht worden ist. Der Abg. Frühauf hat heute wiederum in optima forma dem Oberschulrath ein Mißtrauensvotum ertheilt, aber auch heute wieder vermisse ich jedwede Begründung der Vorwürfe. Er hat sich bezogen auf Aeußerungen, die in diesem Hause fielen, und auf eine Stelle in der bekannten Wahlrede des Reichstagsabg. Bassermann; allein was ich gewünscht hätte, greifbare Einzelheiten, an die sich das Ministerium zwecks etwaiger Remedur halten könnte, sind auch heute nicht zum Vorschein gekommen. Der Abg. Frühauf hat gemeint, wenn wir durch eine nach Art der Reichstagswahlen anzustellende, also ganz geheime Abstimmung ein Plebiszit der Lehrerschaft herbeiführen würden, so wäre wohl das Resultat ein unzweideutiges Mißtrauensvotum gegen den Oberschulrath. Ich meine, von der Erwägung *solcher* Möglichkeiten sollten wir wirklich absehen. Ich möchte glauben, solche Mittel wären nicht nöthig, um begründete Beschwerden der Lehrerschaft zu unserer Kenntniß zu bringen, können sie doch — abgesehen vom direkten Wege — durch Vermittelung dieses Hohen Hauses alle ihre Klagen in genügender Weise zur Kenntniß der Regierung bringen.

Der Abg. Frühauf hat sich wiederholt über den Mangel an Initiative des Oberschulraths beklagt auf dem Gebiete der Besserstellung der Lehrer in Rang, Stellung und Gehalt. Diese Verhältnisse beruhen aber doch auf *Gesetzen*, die unter Mitwirkung aller in Betracht kommenden Faktoren erlassen wurden, und bei denen — ich habe auch besonders das diesem Hause noch vorliegende Gesetz über die Aenderung des Elementarunterrichtsgesetzes im Auge — der Oberschulrath in wärmster Weise für die Volksschullehrer eingetreten ist, geradeso wie er auch für die Vermehrung der Mittelschullehrerstellen alles gethan hat. Wenn also trotzdem nicht alles geschah, was gewünscht wird, so trifft die Schuld hieran nicht den Oberschulrath, sondern die Verantwortung trägt die Regierung selbst.

Der Abg. Dr. Heimburger hat seine vorgestrigen Ausführungen heute näher erläutert und ausgeführt, daß diese Ausführungen von mir mißverstanden worden seien. Er bestätigt aber, daß er ausgeführt habe, die Lehrerschaft habe nicht mehr das wünschenswerthe Vertrauen zum Oberschulrath. Eine solche Aeußerung gerade aus dem Munde eines Schulmannes hat aber ein besonderes Gewicht, und ich konnte sie nicht anders auffassen, als daß er selbst diesen Mangel an Vertrauen theile. Sonst wäre ja nicht abzusehen, aus welchem Grunde er die Sache hier vorgebracht und sich zum Sprechrohr der angeblich in der gesammten Lehrerschaft herrschenden Verstimmung gemacht haben sollte. Allein ich gebe gerne zu, daß seine heutigen näheren Ausführungen die vorgestrige Erklärung in milderem Lichte erscheinen lassen. Doch dagegen muß ich mich entschieden verwahren, daß ich ihn als „Sündenbock abgeschlachtet" hätte. Auch den anderen Herren gegenüber habe ich es an Schärfe nicht fehlen lassen, wie mir die Herren Frühauf und Fendrich gewiß gerne bezeugen werden. — Es ist richtig, daß eine rednerische Wirkung beabsichtigt war, wenn ich davon sprach, daß von allen Gründen des Vorwurfs gegen den Oberschulrath nur ein grober Kanzleidiener übrig geblieben sei. Ich wollte damit nur zeigen, wie wenig Greifbares zur Substantiirung des Mißtrauensvotums vorgebracht wurde. Ich freue mich, daß der Abg. Dr. Heimburger heute seine Ausführung in solchem Sinne erläutert hat, und ich nehme bei dieser Sachlage gerne an, daß Herr Heimburger dem Oberschulrath ein Mißtrauensvotum nicht ertheilen wollte.

Der Abg. Dr. Binz hat seine Rede mit dem Ausdruck seines Vertrauens zum Oberschulrath begonnen und mit einem Mißtrauensvotum geschlossen. Doch ich will auf diesen Widerspruch nicht weiter eingehen, ich will nur kurz auf das erwidern, was er in dem zweiten unfreundlichen Theile seiner Rede vorgetragen hat. Er meint bei Besprechung der verzögerlichen Geschäftsbehandlung durch den Oberschulrath, es sei nicht Sache eines

Abgeordneten, einzelne Fälle anzuführen, die Wiedergabe seines allgemeinen Urtheils über einen Mißstand müsse genügen. Es liegt mir nun durchaus fern, in die Rechte des Abgeordneten irgendwie eingreifen zu wollen; allein eines darf ich doch fragen: wie soll dann das Ministerium in die Lage kommen, seinerseits Abhilfe zu schaffen, wenn nicht einmal ein Fall der Beschwerde zu seiner Kenntniß gebracht wird? Ich räume ein, Verzögerungen können vorkommen; wenn aber Fälle dieser Art vorhanden sind, so ist das eine Folge von Geschäftsüberlastung und nicht von mangelhafter Geschäftsführung.

Des Weiteren hat der Abg. Dr. Binz behauptet, bei Streitigkeiten zwischen Lehrern und Geistlichen lege der Oberschulrath ein zu großes „Friedensbedürfniß" gegenüber der Kirche an den Tag. Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn er auch hier den einen oder anderen Fall genannt hätte. Im bedaure nur, daß er den Fall, dessen Erörterung er vor seiner Rede in Aussicht stellte, nicht vorbrachte. Ich habe inzwischen die Akten beischaffen lassen und daraus ersehen, daß diesem Lehrer ganz gewiß kein Unrecht geschehen ist.

Bei Besprechung des Bassermann'schen Ausspruchs in einer Wahlversammlung sagte ich, er könne bei solcher Behandlung der Dinge fast an den alten Satz denken: semper aliquid haeret. Ich wollte damit lediglich sagen, daß derartige allgemeine Angriffe ohne jeden Versuch einer Begründung sehr bedenklich seien. Ich wollte damit den Erfolg, nicht die Tendenz einer solchen Polemik kennzeichnen. Mit dem „brausenden Beifall" in einer Wahlversammlung, wie solcher auf jener Aeußerung des Reichstagsabgeordneten Bassermann erfolgt sein soll, ist es eine eigene Sache; es werden sich immer Personen finden, die einer recht drastischen Redewendung, zumal wenn sie gegen eine Behörde gerichtet ist, Beifall spenden. (Heiterkeit.)

Ich wiederhole: in allem was hier in diesem Hohen Hause gesagt wurde, habe ich irgend welches greifbare Material zu Angriffen gegen den Oberschulrath nicht gefunden, und es wäre doch zu wünschen, daß zur Begründung so schwere Angriffe bestimmt Beschwerdefälle ans Ministerium gebracht werden. Ich kann endlich nur nochmals bestätigen, daß der Oberschulrath nach wie vor das volle Vertrauen der Regierung genießt.

Direktor des Oberschulraths Geh. Rath Dr. **Arnsperger**: Wenn der Abg. Dr. Binz sich über den etwas schleppenden Gang der Geschäfte im Oberschulrath beklagt, so muß ich ihm zum Theil Recht geben. Es ist auch unser eifriges Bestreben, den Geschäftsgang etwas lebhafter zu gestalten. Aber das läßt sich eben nicht durchgängig machen. Wenn der Oberschulrath von irgend einer Seite eine Anregung bekommt, so muß er gewöhnlich hierüber noch Berichte oder Aeußerungen von anderer Seite erheben. Wenn Sie weiter bedenken, daß die Mitgleder des Oberschulraths oft längere Zeit auf Visitations- oder Prüfungsreisen auswärts sind, dann werden Sie zugeben, daß es wohl vorkommen kann, daß — ohne Schuld des Oberschulraths oder einzelner Mitglieder — einzelne Geschäfte länger liegen bleiben, als es wünschenswerth erscheint. Einzelne Mitglieder sind auch wirklich stark mit Geschäften überlastet, besonders wenn eine Landtagssession herannaht und die Vorlagen, die diesem Hohen Hause gemacht werden sollen, ausgearbeitet werden müssen. Ich werde aber darauf Bedacht nehmen, der von dem Herrn Abgeordneten gegebenen Anregung nachzukommen.

Der hier wiederholt besprochene Karlsruher Disziplinarfall liegt nicht so einfach, wie vielfach angenommen wird. Er hat in die Kompetenz verschiedener Bezirksämter eingeschlagen. Es waren eidliche Zeugeneinvernahmen an verschiedenen Orten erforderlich. Der Gymnasiumsdirektor hätte aber keine Befugniß zur eidlichen Einvernahme von Zeugen oder zur Veranlassung solcher gehabt. Die Erhebungen in dieser Sache mußten also durch die offizielle Behörde, und zwar nach den Bestimmungen der Verordnung über das Verfahren in Dienstpolizeisachen das zuständige Bezirksamt, gemacht werden. Es handelte sich also um ein wirkliches Disziplinarverfahren und nicht um Ertheilung einer einfachen Rüge, die selbstverständlich vom Direktor ebensogut hätte vorgenommen werden können. Unter Umständen hätte allerdings der Rechtsreferent des Oberschulraths die Verhandlung führen können, allein er war zu jener Zeit gerade im Urlaub. Das oberschulräthliche Ersuchen ging aber nicht an das Bezirksamt, sondern an den Herrn Vorstand desselben persönlich. Ich kann nicht einsehen, daß hierin eine so große Benachtheiligung des Standesansehens liegen soll. Wir werden jedoch gerne in Erwägung ziehen, ob nicht in künftigen Fällen ein anderes Verfahren zu ermöglichen sein wird.

Ich weiß nicht, auf welche Vorkommnisse gegen die Oberschulbehörde der allgemeine Vorwurf, bei Streitigkeiten zwischen Lehrern und Geistlichen zu sehr auf die Seite der Kirche zu neigen, sich gründet. Ich kann nur sagen, daß ich bei allen Angelegenheiten der fraglichen Art, die durch meine Hand gingen — und dieselben gehen meistens alle durch meine Hand — stets ernstlich bestrebt war, nach beiden Seiten hin Gerechtigkeit und Rücksichtnahme walten zu lassen. Wenn also doch ohne meinen Willen und ohne mein Bewußtsein der einen oder anderen Seite nicht volle Gerechtigkeit widerfahren sein sollte, dann müßte ich bitten, mir bestimmte Fälle in dieser Beziehung zu nennen; und wenn ich dann nach abermaliger Prüfung zu einer anderen Ueberzeugung käme, so würde ich mich nicht scheuen, meinen anfänglichen Irrthum offen einzugestehen. Solange mir aber solche Fälle nicht namhaft gemacht werden, kann ich nur auf das Bestimmteste versichern, daß wir stets nach bestem Wissen und Gewissen unsere Entscheidung in derartigen Streitfällen gegeben haben.

Ich stimme dem Abg. Dr. Binz bei, wenn er meint, unser Volksschulwesen stehe durchaus nicht an der Spitze der Entwicklung dieses Zweiges der Unterrichtsverwaltung unter den deutschen Staaten. Es hat sich thatsächlich nicht in dem Maß günstig entwickelt, wie dies bei unserem Hoch- und Mittelschulwesen der Fall war, und ich glaube, daß es die dringendste Aufgabe des Oberschulraths ist, in dieser Hinsicht eine fördernde Thätigkeit zu entfalten. Aber ob der Oberschulrath alles Nöthige wird durchführen können, möchte ich nicht als ganz sicher annehmen. Wir können nur anregen, wünschen, berichten, die Entscheidung liegt beim Unterrichts- und beim Staatsministerium. Der Beginn aller Verbesserungen muß aber meiner Ansicht nach eine bessere Gestaltung der Einkommensverhältnisse der Lehrer sein. Nur auf diesem Wege können wir weiter kommen. (Beifall.)

Der Abg. Köhler hat die Art der Besetzung einer Stelle an einer Mädchenschule bemängelt. In doppelter Hinsicht erschien uns der in's Auge gefaßte Praktikant besonders geeignet zu sein: er hatte schon lange Zeit gute Dienste als Reallehrer geleistet und beherrschte die französische und englische Sprache vollständig, auf welches Moment wir gerade bei Besetzung dieser Stelle den allergrößten Werth legen mußten. Für Mädchenschulen sind auch nicht alle Lehrkräfte geeignet, also ist da schon eine besondere Auswahl nöthig. Es war zwar auch für die Oberschulbehörde kein leichter Entschluß, gerade für die fragliche Stelle eine Persönlichkeit in Aussicht nehmen zu müssen, die erst im Jahre 1898 die Staatsprüfung

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuch-

abgelegt hatte, allein ich glaube, das Interesse der Schule steht da doch in vorderster Reihe, und wir konnten den betreffenden Praktikanten um so eher wählen, als er ein vorzügliches Ergebniß seiner Staatsprüfung aufzuweisen hat, seit 1888 als Volksschullehrer und Reallehrer im Schuldienst thätig war und die betreffende Stadtverwaltung sich mit Entschiedenheit für ihn ausgesprochen hatte. — Ich habe übrigens den Grundsatz nie ausgesprochen, daß die vor der philologischen Staatsprüfung im Schul- oder Kirchendienst zugebrachte Zeit bei Bestimmung der Anciennetät als Lehramtspraktikant gar nicht in Betracht kommen solle; ich sagte nur: daß nicht die ganze vor dem Staatsexamen zugebrachte Dienstzeit auf die Dienstzeit als Mittelschullehrer angerechnet werden könne. — Der Abg. Dr. Heimburger hat einen anderen Fall getadelt, in dem einem vor nicht sehr langer Zeit erst aus der Staatsprüfung hervorgegangenen Praktikanten sofort der Höchstgehalt gewährt wurde. Der Betreffende ist aber schon 35 Jahre alt, im Jahre 1891 zum katholischen Priester ausgeweiht und schon längere Zeit als Religionslehrer beschäftigt. Das ist also ein Ausnahmefall, in dem uns die ausnahmsweise Behandlung als gerechtfertigt erschien.

Der Abg. Köhler hat sich ungünstig über das Frauenstudium geäußert. Die Zulassung von Mädchen zu den Gymnasien ist ein Versuch, den wir aber ehrlich und loyal durchführen wollen. Dabei wird unbedingt von der Voraussetzung ausgegangen, daß niemals entgegen der Anschauung der Gymnasiumsdirektion eine Zuweisung von Mädchen erfolgen darf. Und wenn der Direktor den Antrag auf Zulassung eines Mädchens stellt, so darf doch wohl angenommen werden, daß er sich vorher darüber mit seinem Lehrerkollegium verständigt hat, daß also eine besondere Befragung desselben um so weniger nothwendig ist, als ja auch im Oberschulrath eine Reihe von Männern sitzen, deren Nestor, Herr Geh. Rath Wendt, ein eifriger Anhänger der Mädchenzulassung ist. Ich bin also auch in der glücklichen Lage, mich bei meinem Standpunkt zu dieser Frage auf seine anerkannte Autorität zu stützen. — Die günstigen Erfahrungen, die der Abg. Köhler bezweifelt, haben wir unter anderem gerade in Pforzheim gemacht an der Schule, an der der Abg. Köhler selbst wirkt! (Große Heiterkeit.) Bemerkenswerth ist übrigens, daß in Mannheim auf dringenden Wunsch des Direktors eine größere Zahl von Mädchen aufgenommen worden sind, und da wird sich dann am besten zeigen, ob die weibliche Jugend der Aufgabe gewachsen ist.

Der Abg. Dr. Heimburger tadelt die mangelnde Initiative des Oberschulraths, die darin liege, daß noch kein neues Volksschullesebuch geschaffen sei. Diese Frage ist noch in Behandlung. Die Schwierigkeit und Wichtigkeit derselben rechtfertigt aber eine große Vorsicht. Die Herstellung des Fortbildungsschullesebuchs, dessen Verfasser unter Ihnen sitzt, hat ja auch geraume Zeit in Anspruch genommen, und heute wird anerkannt, daß es gut, ja vorzüglich ausgefallen ist. Ich hoffe, daß das gleiche Urtheil auch dem neuen Volksschullesebuch zu Theil wird, daß sich somit die Sorgsamkeit und strenge Prüfung bei seiner Herstellung wohl rechtfertigen wird.

Auf Vorschlag des Präsidenten **Gönner** wird die Justizkommission wegen ihrer großen Geschäftsüberlastung durch Zuziehung der Abgg. Dr. Wilckens und Armbruster ergänzt.

Schluß der Sitzung 1/4 2 Uhr.

Verantwortlich für die Landtags-Beilage: E. Umhauer. — Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK